

# Calmer Calwblatt

Nr. 256 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 14.—, vierteljährlich 40.—, halbjährlich 75.—, jährlich 130.—, auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 50.—, vierteljährlich 150.—, halbjährlich 280.—, jährlich 500.—, mit Beleggeb. — Schlag der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Die Besprechungen der Reparationskommission und der deutschen Regierung sind über die formalen Erklärungen noch nicht hinausgekommen. Es wurde den Alliierten mitgeteilt, daß unser Budget 440 Milliarden Defizit habe, das im wesentlichen auf Kosten der Verpflichtungen aus dem Friedensdiktat gehe. Der deutsche Reichsfinanzminister erklärt, die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß nur eine Goldanleihe im Auslande, die nicht zu Reparationszwecken benützt werde, die Markt stabilisieren könne. Der Vorsitzende der Reparationskommission, der Franzose Barthou, stellte fest, daß man die Souveränität Deutschlands bei Schaffung einer Finanzkontrolle nicht antasten wolle. Das ist natürlich eine Phrase. Weiterens werden die letzten Entscheidungen erst in Brüssel getroffen, wenn diese Konferenz nicht ebenfalls verlagert wird. Wenn man bedenkt, daß die Amerikaner keine Lust zeigen, die alliierten Schulden nachzulassen, so kann man sich schon eine Vorstellung von dem Ergebnis machen.

Auf der russisch-türkischen Handelskonferenz wurde von beiden Seiten der Notwendigkeit der weiteren Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen Ausdruck verliehen.

Amerika hat jetzt formell die Teilnahme an der Orientfriedenskonferenz abgelehnt. Es tritt hier daselbe Spiel in Erscheinung, wie gegenüber Deutschland; man will nur seine Vorteile wahren, das Gefahrenrisiko aber auf ein Minimum beschränken.

## Die Reparationskommission in Berlin.

### Die bisherigen Besprechungen.

Berlin, 1. Nov. Ueber die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission erzählt das WTB. folgendes: Die erste Verhandlung mit der Reparationskommission verlief in durchaus sachlicher Form. Der Vorsitzende der Reparationskommission, Barthou, erklärte, daß 1. die Bilanz des Budgets, 2) die Frage der schwebenden Schulden und 3) die Stabilisierung der Mark die Hauptaufgaben seien, die jetzt behandelt werden müßten. Die Kommission beabsichtigt nicht die deutsche Souveränität anzutasten. Sie hoffe aber auf loyale Zusammenarbeit. Sie sei auf Grund der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen genötigt, eingehende Fragen zu stellen. Darauf hielt Staatssekretär Schröder einen Vortrag über die allgemeine Gestaltung des Budgets für das laufende Jahr, soweit es sich bisher übersehen läßt. Bei der Besprechung dieses Themas wurden von der Gegenseite verschiedene Fragen gestellt mit dem Zweck, hierüber näheres Material im Laufe der nächsten Sitzung zu erhalten. Es interessierten besonders die Ausgaben für den Reichsbahnetat und die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts. Staatssekretär Schröder teilte mit, daß das voraussichtliche Defizit des Budgets etwa 440 Milliarden betragen werde, das im wesentlichen zu Lasten des Friedensvertrags gehe. Die nächste Sitzung wurde auf Mittwoch Nachmittag 4 Uhr festgesetzt.

Berlin, 1. Nov. Ueber die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission erzählt das WTB.: In der heutigen Besprechung, die zwischen den Mitgliedern der Reparationskommission und den Delegierten der deutschen Regierung stattfand, entwickelte der Reichsfinanzminister seine Auffassung über die Umstände, welche in Betracht gezogen werden müßten, wenn der weiteren Verschlechterung der Mark nachhaltig und erfolgreich entgegengetreten werden sollte und welche zugleich maßgebend sein würden, um ein richtiges Verhältnis zwischen den Einnahmen und den Ausgaben im Reichshaushalt herzustellen. Die Verhandlungen werden morgen Nachmittag fortgesetzt.

### Besprechung der Reichsregierung mit den ausländischen Sachverständigen.

Berlin, 1. Nov. Die von der Reichsregierung zur Teilnahme an der Währungskonferenz eingeladenen ausländischen Finanzsachverständigen werden sich heute abend vollständig in Berlin versammeln und morgen vormittag vom Reichskanzler empfangen werden. Unmittelbar an den Empfang schließen sich sachliche Beratungen über die Möglichkeiten der Stabilisierung der deutschen Währung. Deutscherseits nehmen an der Währungskonferenz teil Reichsbankpräsident Havenstein, Staatssekretär Schröder, einige Vertreter der Bankwelt, u. a. Urbig, Mendelssohn und Professor Schumacher.

## Der Reichsfinanzminister über die Frage der Markstabilisierung.

Berlin, 2. Nov. Das „Berl. Tagebl.“ teilt mit, daß bei der gestrigen Besprechung mit der Reparationskommission den Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes über den deutschen Standpunkt zur Frage der Marktstabilisierung folgende Gedankengänge zugrunde gelegt hätten: Eine Aktion zur Stärkung der deutschen Währung könne nur auf der Basis eines Goldfonds durchgeführt werden. Da eine Inanspruchnahme des Goldschatzes der Reichsbank nicht in Frage komme, so bleibe nur übrig, zu diesem besonderen Zweck — also nicht für allgemeine Reparationszwecke — eine Goldanleihe im Auslande aufzunehmen. Barthou habe in der gestrigen Sitzung verschiedene Fragen an Dr. Hermes gerichtet und sich vorbehalten, zu einigen Punkten noch besonders Stellung zu nehmen.

## Der „veröhnliche“ Geist.

London, 1. Nov. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ weist auf den veröhnlichen Geist hin, der auf allen Seiten auf den ersten Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler und den Mitgliedern der Reparationskommission zutage getreten ist. Wenn keinerlei Stimmungsänderung eintrete, so bestehe die Aussicht darauf, daß die Verhandlungen auf einer rein kaufmännischen Grundlage durchgeführt werden können. — Es gehört zur englischen Taktik, in bezug auf die Verhandlungen mit Deutschland Optimismus zu malen.

**Beschränkte Vollmacht der Reparationskommission.**  
Berlin, 2. Nov. Dem „Berl. Tageblatt“ zufolge verläutet in den Kreisen der Reparationskommission, daß ihr Aufenthalt in Berlin zum mindesten wohl bis zum Ende nächster Woche bemessen sein werde. Wie man in unterrichteten Kreisen annehme, werde die Reparationskommission irgendwelche Entscheidungen in Berlin selbst nicht treffen, die Diskussion über eine internationale Reparationsanleihe und ein Moratorium vielmehr der großen Brüsseler Finanzkonferenz überlassen. — Diese Beschränkung der Vollmacht der Reparationskommission war in Deutschland schon lange bekannt.

## Amerika und die alliierten Schulden.

### Keine Neigung zur Annulierung.

Paris, 1. Nov. Wie Havas aus Washington meldet, erklärte man im Weißen Haus, die Regierung werde abwarten, bis die Sachverständigen das Schuldenproblem gelöst hätten, bevor sie an eine Beteiligung an der internationalen Wirtschaftskonferenz denke, die über das Problem der Kriegsschulden verhandeln soll. Die Regierung sei der Ansicht, der Erlaß der Schulden werde das Problem nicht lösen, das man unter allen Umständen lösen müsse. Die Regierung sehe die Lage nicht als entmutigend an. Sie werde die Schuldnerstaaten nicht drängen, aber sie bleibe dabei, daß Schulden nationale Verpflichtungen seien. Die Verhandlungen würden fortgesetzt, bis man eine Lösung gefunden habe. Im Augenblick würden Anstrengungen unternommen, um den Ver. Staaten zu gestatten, einen Vertreter für den internationalen Gerichtshof zu bestimmen.

## Vor der Orientkonferenz.

### Die Entente und die türkischen Einwände.

Paris, 1. Nov. Havas teilt mit: In französischen Kreisen betrachtet man die Note der Regierung von Angora, in der diese dem Zusammentritt der Orientfriedenskonferenz in Lausanne zustimmt, als eine befriedigende. Was den Einwand gegen die Hinzuziehung der Regierung von Konstantinopel angeht, so steht man auf dem Standpunkt, daß er die Alliierten nicht berühre und daß es Sache der leitenden Persönlichkeiten in Konstantinopel und Angora sei, sich wie bei den vorangegangenen Verhandlungen über ihre Vertretung in Lausanne zu verständigen. Zwischen Paris, London und Rom habe ein Meinungsaustausch stattgefunden und es werden höchstwahrscheinlich Vorkehrungen getroffen werden, um den Zusammentritt der Konferenz an dem vereinbarten Ort und Tag zu gewährleisten.

### Ägypten wünscht ebenfalls Zuziehung zur Orientkonferenz.

London, 1. Nov. Nach einer Meldung aus Kairo gibt die Antwort Englands auf das Ersuchen der ägyptischen Regierung wegen Teilnahme Ägyptens an der Konferenz in Lausanne Anlaß zu der Hoffnung, daß die Anwesenheit der ägyptischen Abordnung bei den Sitzungen der Konferenz grundsätzlich angenommen wird.

## Das russisch-türkische Bündnis fester als je.

Moskau, 1. Nov. (Russ. Tel.-Ag.) Am 29. Oktober wurde in Angora die russisch-türkische Handelskonferenz eröffnet. Bei dieser Gelegenheit betonte der russische Vertreter in Angora, Awa-loff, daß Rußland der erste Staat sei, der die Rechte der Türkei anerkannt habe und daß der russisch-türkische Vertrag von Moskau dem Handelsvertrag zugrunde gelegt werden müsse. — Die Presse von Angora weist anlässlich der Konferenz darauf hin, daß die Beziehungen der Türkei zur Entente unklar geblieben seien, während diejenigen zu Rußland an Stärke zunähmen. Der Verzicht des Imperialismus der Welt auf unmittelbares Eingreifen in der Türkei werde auf die Festigkeit des russisch-türkischen Bündnisses keinen Einfluß haben. — Unsere Auffassung, daß Reuters Meldung von einer Trübung der russisch-türkischen Beziehungen wohl nur dem Wunsch in Ententekreisen nachgesprochen war, finden wir hier bestätigt. So leichtgläubig wie wir Deutschen sind weder die Russen noch die Türken Staatsmänner, daß sie auf jedes Manöver der Entente hereinfallen. Auch unsere Ansicht über die türkisch-französische „Freundschaft“ wird hier bestätigt.

## Keine Teilnahme Amerikas an der Orientkonferenz.

London, 1. Nov. Nach einer Reuter-Meldung aus Washington haben die Vereinigten Staaten die Einladung der Alliierten wegen amerikanischer Teilnahme an der Konferenz für den nahen Osten formell abgelehnt.

## Zum Staatsstreich in Italien.

### Mussolini mit dem Rücktritt Sforzas nicht einverstanden.

Paris, 1. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Rom hat Mussolini in Beantwortung der Demission des italienischen Botschafters in Paris, Grafen Sforza, diesem ein Telegramm zugehen lassen, in dem es u. a. heißt: Ich muß Ihren Entschluß, zurückzutreten, bevor Sie mein außenpolitisches Programm kennengelernt haben, als ein wenig freundschaftliche und zeitgemäße Handlung auslegen. Mein Programm auf dem Gebiete der Außenpolitik werde ich vor der Kammer auseinandersetzen und es wird auf alle Fälle nicht eine Summe von Gefühlen und Empfindlichkeiten sein, wie Sie zu Unrecht annehmen. Ich fordere Sie in aller Form auf, im Amte zu bleiben und der Regierung, die im Augenblick den höchsten Ausdruck der nationalen Gefühle darstellt, keine Schwierigkeiten zu schaffen. — Sforza gehört zu den tüchtigsten italienischen Diplomaten und Staatsmännern.

## Die Gewaltpolitik der Faschisten.

Rom, 1. Nov. Als Abschluß der Faschistenbewegung fand gestern Nachmittag 2 Uhr in Rom ein feierlicher Umzug der Faschisten statt, der vier Stunden dauerte. Die Faschisten zogen in voller Ausrüstung am Quirinal vorbei, wo der König mit General Diaz auf dem Balkon erschienen war. Die Zahl der Faschisten wird auf etwa 60 bis 70 000 angegeben. Nach Beendigung des Umzuges begab sich eine Reihe von Faschisten zum Bahnhof, wo Sonderzüge zum Abtransport in die Heimat bereit standen. Leider verlief der gestrige Tag sowohl in Rom wie anderwärts nicht ohne Zwischenfälle. Die Faschisten und Nationalisten besetzten in Rom den Sitz der sozialistischen Parteileitung und die Arbeitskammer. Sie verwüsteten die Wohnung des kommunistischen Abgeordneten Bombacci und drangen in Nittis Wohnung ein. Ferner wurde der Direktor der „Tribuna“ auf der Straße verprügelt. In Mailand kam es in den Außenquartieren zu verheerenden Zusammenstößen, wobei einige Personen verwundet wurden. Die Faschisten besetzten zwei Versammlungslokale und entwendeten die dort vorhandene Munition. Beim Verlassen des „Avanti“ trugen sie die gesamte Redaktionsbibliothek auf die Straße und zündeten sie an. Weitere Zwischenfälle ereigneten sich in Novara, Padua, Brescia und Turin.

Mailand, 1. Nov. Nach den neuesten Meldungen scheint ein Teil der Faschisten nicht eher die Waffen aus der Hand legen zu wollen, ehe er nicht noch an den Sozialisten und Kommunisten seinen Siegestaumel ausgelassen hat. Die sozialistischen Arbeitskammern und Parteileitungen waren gestern in Rom und Mailand sowie in einer ganzen Reihe kleinerer Städte des südlichen Italiens das Ziel der faschistischen Angriffe und Verwüstungen, ohne daß Sozialisten und Kommunisten es wagten, ihr Eigentum zu verteidigen. Auch die Arbeiterdemonstrationen in Rom hatten gestern abermals Ausschreitungen zu verzeichnen. Ferner wurden verschiedene sozialistische Abgeordnete belästigt, einige kommunistische sogar verhaftet.

Preis für 20 Stk  
die Fortbildung  
d 130 M und  
Gewicht von  
Pfund 550 M,  
Fasanenhenne

5000—8000 M,  
Schweine 12 000

eh markt),  
achthof waren  
ngbullen, 440  
ne, 20 Schafe,  
30 Schweine,  
3 400—14 600,  
2 10 300 bis  
2 000—13 500,  
8500—9400,  
7 000—17 800,  
2, 37 000 bis  
arktes: befeh,  
n a rkt), Gr-  
9500—11 500,  
500—13 500,  
1, 15 000 bis  
500—35 500,  
Marktverlauf:

rdemarkt  
Herdmarkt-  
Ferde auf-  
Preise wur-

Dkt. (Hohe  
ren wurden  
meindeschaf-  
100 M.

den Börsen- und  
stlichen Vertret-

n Calw.  
Calw.

aus.

erarbeiten  
(Hollerbände)  
werden.  
Baubüro des

ber, abends  
einzureichen.

auleitung.

ebenzell und  
Leihkaufen.

chtung.

amstag, den  
mittags 2 Uhr

de-Jagd  
g, woju Leb-

einanderat.

r Hof.

aten

Lustspiel  
Akte.

anzstunde

Damen  
Kreisen

cht.

zu richten unt.  
ie Gesch. ds. Bl.

agblatt“.

## Mussolini.

Ueber die Persönlichkeit und die Pläne Mussolinis schreibt die „Frankfurter Zeitung“ folgendes: Mussolini ist plötzlich der Herr Italiens geworden. Er hat eine seltsame Laufbahn hinter sich, die in manchen Zügen an Gestalten der italienischen Renaissance erinnern mag. Er ist Volkstribun, Condottiere und Diplomat, er ist Sozialist und Nationalist, Verschwörer seinem innersten Wesen nach und Ordnungsmann, der, wie es scheint, nach dem Gewaltstreik sofort die Regierungsmaschine wieder auf den normalen Gang einzustellen beabsichtigt. Man geht wohl fehl, wenn man versucht, die von ihm organisierte Bewegung mit Erscheinungen in andern Ländern zu vergleichen, die auf den ersten Blick gewisse Ähnlichkeiten zeigen. Sie mag die gleichen Ursprünge haben, sie ist aber in ihrem Kern spezifisch italienisch und nur aus dem italienischen Volkscharakter heraus zu erklären. Mussolini war ursprünglich ein Führer der Sozialisten. Der Krieg machte ihn zum Nationalisten, der indessen weder die sozialen Ideen noch die revolutionären Methoden vergaß. Er blieb vor allem den Methoden treu. Seine geistigen Väter sind die französischen Revolutionäre Blanqui und Georges Sorel, die von der Energie einer Minderheit und den direkten Gewalttaten der organisierten Massen die Neubildungen in Staat und Gesellschaft erwarteten. Man sagt, daß auch Nietzsche Einfluß auf ihn gehabt habe. Jedenfalls hat aber Mussolini diese verschiedenen Elemente seiner Weltanschauung in dem Schmelztiegel seines italienischen Temperaments zu einem Ganzen eigenen Gepräges verschmolzen. Mussolini ist vor allem Revolutionär. Ob er in der Lage ist, sein organisatorisches Werk, den Aufbau der faschistischen Partei, durch ein positives Programm praktischer Reformen zu bekräftigen, muß abgewartet werden. Darin ist er von der keineswegs einheitlichen politischen Gedankenwelt seiner Parteigenossen abhängig, die vom fanatischen Republikanismus bis zu konservativen monarchistischen Staatsauffassungen reicht. Diese Verschiedenartigkeit hängt mit der Entstehung des Faschismus zusammen. Die ersten Keime lagen in jenen den Sturmtruppen der Front nachgebildeten Gruppen der „arditi“, die in ihrem jugendlichen Chauvinismus sich gegen die Friedensverträge auflehnten, da diese nicht alle Hoffnungen des italienischen Nationalismus erfüllt hatten. Die Expedition nach Fiume bleibt das charakteristische Merkmal dieses Ardittismus, der auch d'Annunzio eine Zeitlang begeistert hat. Aber diese Aufgaben genügt den Führern nicht. Ihre nächste Arbeit richtete sich gegen den revolutionären Kommunismus, dessen Terror mit dem gleichen Terror beantwortet wurde. Mussolini baute nach dem Muster der sozialistischen Organisationen die faschistische Organisation auf, gab ihr aber einen militärischen Einschlag und den nationalistischen Grundzug. Diese Gruppierungen umfaßten Angehörige aller Gesellschaftsschichten, die in den sogenannten „fasci di combattimento“ wiederum an die Sturmtruppen der Kriegsheere erinnerten. Diese „Bündel“ führten ihre Schritte überall dahin, wo der Parteileitung etwas nicht in Ordnung schien, vornehmlich gegen die linksradikalen Arbeiter. So kam es zu den blutigen Zusammenstößen, die seit einigen Jahren bald da, bald dort in Italien sich ereigneten. Der Vorstoß nach Südtirol war die letzte größere Aktion dieser Art gewesen. Mussolinis Pläne wuchsen mit seinen Erfolgen. Sein größter Erfolg bestand darin, daß er die sozialistischen Parteiorganisationen schwer erschütterte und durch die Aufnahme sozialer Forderungen breite Massen der Arbeiter zu sich herüberzog. Mussolinis Vorgehen weist hier große Ähnlichkeit auf mit der Taktik seines großen Gegenspielers Don Sturzo, des Gründers und Führers der „Popolari“, der katholischen Volkspartei. Auch Sturzo hat das Parteiprogramm der Katholiken durch die Aufnahme extremer sozialer Forderungen, wie die Aufteilung des Großgrundbesitzes, erweitert und dadurch den Sozialisten Anhänger entzogen. Don Sturzo hat Mussolini bis jetzt hart bekämpft. Wenn es zu Neuwahlen kommt, wird sich vielleicht zwischen diesen beiden der wahre Kampf um die Wählermassen abspielen. Don Sturzo, den man den neuen Savonarola genannt hat, ist ein ernster Gegner. Mussolini freilich wird über den Regierungsapparat verfügen. Wie der Kampf ausgehen wird, hängt von den bürgerlichen Schichten ab, die allerdings sich klar entscheiden müssen, wenn sie nicht zerrieben werden wollen.

## Ausland.

### Die Nationalratswahlen in der Schweiz.

Bern, 2. Nov. Die Nationalratswahlen ergaben folgendes Resultat: Mitgliederzahl des Nationalrats 198 (bisher 189). Die Sitze verteilen sich wie folgt: Freisinnige 59 (59), Katholische Konservative 44 (41), Sozialdemokraten 43 (38), Bauern- und Bürgerpartei 35 (31), Liberale Konservative 10 (9), Sozialpolitische Gruppe und Partei 5 (8), Kommunisten 2 (3).

### Zur Vorbereitung der Wahlen in England.

London, 1. Nov. Nach einer Reuter-Meldung wurden für die Wahlen zum Parlament aufgestellt: 452 Konservative, 170 nationale Liberale, 308 unabhängige Liberale, 410 Arbeiterparteiliche. Es kandidieren 33 Frauen, die verschiedenen Parteien angehören. Falls die nationalen Liberalen ihre angedrohten Wiedervergeltungsmaßnahmen gegen die Konservativen ausführen, wird sich die Zahl der nationalen liberalen Kandidaten erheblich vermehren. Hierzu wird ergänzend gemeldet: Die politische Lage hat plötzlich eine neue Wendung genommen. Während in einigen Distrikten die nationalen Liberalen durch die Konservativen unterstützt werden, machen an anderen Orten die Konservativen den nationalen Liberalen die Spitze streitig.

London, 1. Nov. Der frühere Kriegsminister Evans hat in Colchester eine Rede gehalten, in der er sagte, wenn das Ergebnis der Wahlen es Bonar Law möglich machen sollte, die Regierung zu bilden, werde er diese unterstützen. Wenn aber, was wahrscheinlich der Fall sein würde, keine Partei imstande sein sollte, die Regierung aus ihren eigenen Mitgliedern zu bilden, dann werde er sich die Freiheit vorbehalten, mit den nationalen Liberalen zusammenzuwirken.

London, 31. Okt. Die Blätter melden, daß Bonar Law beabsichtige, sein Ministerium unverzüglich zu vervollständigen, nicht erst nach den Wahlen, wie von verschiedenen Seiten gemeldet worden sei. Die Konservativen von Carnarvonshire beschloßen, sich der Wiederwahl Lloyd Georges in dankbarer Anerkennung seiner im Kriege geleisteten Arbeit nicht zu widersetzen, sofern er versichere, daß er Bonar Law bei seinem Widerstand gegen die Kommunisten unterstütze.

### Die Zustände in Irland.

London, 1. Nov. Eine Abteilung Aufständischer hat in Irland mit Unterstützung von Panzerautos die Station von Clifdon angegriffen und sie zur Kapitulation gezwungen. Auf beiden Seiten gab es mehrere Tote. 80 Mann der Regierungstruppen wurden gefangen genommen.

London, 1. Nov. Einer Blättermeldung zufolge wurde in Dublin von den Rebellen versucht, das Polizeibureau in die Luft zu sprengen. Dabei sind 6 Personen verwundet worden. Es wurde eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen.

London, 2. Nov. (Reuter.) In Dublin wurde gestern der Versuch gemacht, die Einkommenssteuerämter in verschiedenen Stadtteilen in Brand zu setzen. Die Gebäude blieben unbeschädigt. Es wurden aber wertvolle Papiere vernichtet.

### Eine Propagandarede Lenins.

Moskau, 1. Nov. In der heutigen Sitzung der vierten Tagung der Allrussischen Zentralsekretariate hielt Lenin eine Rede, die den Arbeiten der von April bis September abgehaltenen Tagung gewidmet war. Lenin begrüßte zunächst die Befehle des fernsten Ostens durch die Rote Armee als einen Sieg über die letzten Reste der Gegenrevolution. Die Räumung des fernsten Ostens sei gleichzeitig ein Sieg der russischen Diplomatie, die auf der bevorstehenden Konferenz von Lausanne hoffentlich ebenso erfolgreich die Rechte der Sowjetrepubliken vertreten werde, oder wenigstens den Volksmassen die wahren Hindernisse zur Verwirklichung der gerechten Forderung Rußlands zeigen werde. Lenin betonte die Bedeutung des von der Tagung angenommenen Arbeitskodex, der die Unantastbarkeit des Achtstundentages und andere Grundlagen der Arbeitergesetzgebung in einem Augenblick kategorisch festlegte, wo die internationale Bourgeoisie zur Offensive gegen die Arbeiterklasse übergehe. Das industriell zurückgebliebene Rußland werde in kurzer Zeit das imperialistische Ausland technisch einholen und zwar in einem Tempo, das im Ausland unbekannt sei. Durch die Annahme des Bodenkodex habe die Sowjetmacht neuerlich den Interessen der Bauernschaft Rechnung getragen. Das neu angenommene Gesetz über das Gerichtsverfahren könne dem Ausland als Beispiel vorgehalten werden. Die Sowjetmacht werde die Grenzen zwischen den gerechten Forderungen der Bürger im Zusammenhang mit der neuen Wirtschaftspolitik scharf ziehen. Die Vervollkommnung des Verwaltungsapparats und die Bekämpfung der Bürokratie bleibe eine wichtige Aufgabe, die mit dem Aufschwung der Arbeitermassen zu einer höheren Kulturstufe gleichbedeutend sei. — Die Ausführungen Lenins wurden stürmisch begrüßt.

### Aus der russischen Volkswirtschaft.

Moskau, 26. Okt. (Russ. Tel. Ag.) Der Statistiker Popow weist in der „Ekonomiticheskaja Schisn“ auf die Notwendigkeit hin, die Ausfuhr von 40 bis 100 Millionen Pud Getreide in das Ausland über die Südhäfen zu ermöglichen. Die Erschließung der Auslandsmärkte werde die Entwicklung der Landwirtschaft und des Außenhandels besonders fördern. — Das allrussische Zentralsekretariat prüft die neue Arbeitsordnung, welche de facto die Arbeitspflicht aufhebt und die Kollektivverträge, die Schlichtungsordnung und die Rechte der Gewerkschaften regelt. An der Ausarbeitung der Ordnung haben die Gewerkschaften teilgenommen. Sie gibt statt der bisherigen allgemeinen Erklärungen eine wirkliche Gesetzgebung. Die Ordnung wurde angenommen und den Sachverständigen, Gewerkschaftlern und Wirtschaftlern zur Redigierung übergeben. Das neue Gesetz über das Gerichtsverfahren wurde ebenfalls angenommen. Es setzt an die Stelle der bisherigen Behörden drei Instanzen: Volksgericht, Tribunal, oberstes Tribunal. In den nächsten Tagen wird der Rat der Volkskommissare einen Gesetzentwurf über die Emission neuer Geldnoten im Jahre 1923 beraten. — Sokolow wies auf der Finanzkonferenz darauf hin, daß die Teuerung nicht mehr so stark fortschreite. Der Warenindex sei im Anfang des Jahres um 100 Prozent monatlich gestiegen, vom August ab aber nur um 8 Prozent. Er machte Mitteilungen von der bevorstehenden Ausgabe einer Prämienanleihe über 100 Millionen Goldrubel.

Sie können das „Saltwer Tagblatt“ jederzeit bestellen!

## Vermischtes.

### Maßnahmen in Danzig gegen den übermäßigen Alkoholgenuß.

Berlin, 1. Nov. Um dem übermäßigen Alkoholgenuß zu steuern, ist vom Danziger Polizeipräsidium eine Verfügung ergangen, wonach das Offenhalten der Likörstuben nur noch an drei Tagen in der Woche und da nur auf einige Stunden gestattet wird.

### Die Ausdehnung des amerikanischen Alkoholverbotes auf die fremden Schiffe.

Bremen, 28. Okt. (Wolff.) Bösmanns meldet: Nach einem in Bremen eingetroffenen Rabelstelegamm aus New York ist die amerikanische Prohibitivverordnung dahin geändert worden, daß es fremden Dampfern bis zur Entscheidung des höchsten Gerichtshofes, die wahrscheinlich im Dezember fallen wird, gestattet sein soll, ihre volle Ausrüstung an alkoholischen Getränken mit sich zu führen. Die Borräume sind vor Eintritt in die amerikanischen Gewässer zu versiegeln. Die Dampfergesellschaften haben eine Eingabe an den höchsten Gerichtshof gerichtet.

### Die üblichen Zugzusammenstöße in Frankreich.

Paris, 30. Okt. Gestern früh ist der Eilzug Paris—Brest auf dem Bahnhof von Chantel-Darn (Côte du Nord) mit einem rangierenden Güterzug zusammengefahren. Nach den ersten Nachrichten sollen 6 oder 7 Personen getötet und mindestens 10 verletzt worden sein.

### Eine russische Landwirtschaftsausstellung 1921.

Moskau, 31. Okt. Der Rat der Volkskommissare kündigt in einer Verordnung die Veranlassung einer russischen Landwirtschaftsausstellung im August 1923 an. Die Ausstellungskommission beschloß, diejenigen Staaten zur Teilnahme an der Ausstellung einzuladen, die mit Rußland politische oder wirtschaftliche Beziehungen unterhalten. In Einzelfällen werden auch andere Staaten geladen. Eine deutsche und eine amerikanische Abteilung werden bereits vorbereitet. Herriot gab seinerzeit auch den Wünschen Frankreichs nach Teilnahme Ausdruck. Von Schweden und Norwegen sind bereits Anmeldungen eingelaufen. Dänischen Firmen wird die Teilnahme wegen der Haltung der dänischen Regierung verweigert.

### Weitere Einwanderungsbeschränkungen in den Vereinigten Staaten.

Der Vorsitzende des Einwanderungskomitees im Senat, Johnson, hat in einer Rede im Kongreß die Anregung gemacht, die Einwandererquote auf zwei oder nur anderthalb Prozent zu reduzieren, was die Anzahl von Einwanderern aus Ländern vermindern würde, welche zu großen Quoten berechtigt sind. Eine vollständige Suspendierung der Einwanderung sei nicht möglich, man dürfe den nächsten Verwandten von amerikanischen Bürgern, den Vätern, Müttern und Kindern nicht die Möglichkeit versperren, einzuwandern, wohl aber ihren Onkeln, Vettern und Tanten. „Auch geistig minderwertige Personen“ und „leicht erregbare Klassen“ sollen ausgeschlossen werden können. Außerdem soll eine gründlichere körperliche Untersuchung der Einwanderer stattfinden.

## Deutschland.

### Die Änderung des Getreidemlagegesetzes.

Berlin, 1. Nov. Das Gesetz zur Änderung des Getreidemlagegesetzes ist inzwischen veröffentlicht worden; es sieht eine Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Umlage, für Roggen auf 28 300 M, für Weizen auf 30 300 M, für Gerste auf 27 300 M, für Hafer auf 25 500 M die Tonne vor, also rund eine Verdoppelung des bisherigen Preises. Des weiteren sind in dem Gesetz die Ablieferungsfristen für das 2. und 3. Drittel der Umlage dahin geändert worden, daß bis zum 31. Dezember 1922, bis zum 31. Januar, 28. Februar, 15. April 1923 je ein weiteres Sechstel der Umlage zu liefern ist und daß für jedes dieser Sechstel der Preis nach dem im Gesetz vom 4. Juli 1922 für die beiden letzten Drittel der Umlage angeordneten Verfahren festgesetzt wird. Endlich ist die in dem Gesetz vom 4. Juli 1922 vorgesehene Möglichkeit zur Ablösung der Ablieferungspflicht von Originalsaatgut durch einen Geldbetrag ausgedehnt worden auch auf anerkanntes Saatgut für die Frühjahrsbefestellung. WTB.

### Eine neue Steueraktion der Beamten für November.

Berlin, 1. Nov. Die „B. Z. am Mittag“ meldet: Nachmittags haben im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die neuerliche Steueraktion der Beamten für November begonnen. — Nach den gestern abgeschlossenen Vereinbarungen mit den Organisationen der Reichs- und Staatsarbeiter erhalten im November die Handwerker pro Stunde 117 Mark, die Borarbeiter 120 Mark, die Berufsführer 123 Mark und die ungelerten Arbeiter 107 Mark.

### Der deutsche Beamtenbund gegen das Zusammengehen mit den Arbeiterorganisationen bei Steueraktionen.

Berlin, 1. Nov. Gestern Nachmittag fand in Berlin eine Besprechung sämtlicher Spitzenorganisationen der Beamten- und Arbeiterschaft des Reichs, ausgenommen der christlichen Organisationen, statt, worin über neue Steueraktionen beraten wurde. Die Frage, ob auch künftighin Steueraktionen für Beamte und Arbeiter gemeinsam erledigt werden sollen, wurde von den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bejaht; die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes verneinten dies. Sie erklärten, daß ihr neues Programm dahin gehe, den Zusammenhang in Beamten- und Arbeiterfragen zu lösen.

Auf diese gemeinen der Beamten ließen gem Deutschen

Berlin, 9. Nov. durch überlassen.

Berlin,

demokratische einer Ein Woche der Reichs Einberufung zwecks St Steuertrag Vertretern 22. Novem

Berlin, der vom wortlichen Beseidigung heit“ gegen Weinfeste wurden als Vertreter Minister machen. Würden be Verteidiger Vergleich sachen mitgezogen. Eindruck e Schlusfolger

Berlin, findet am Kriegsbesch sturmann handelt verübt ha suchungsha

Die unerle Berlin, preis für Ministers d 25 Mark pr Zellstoffver Zeitungen pier vom 1 nahezu ein und überflie ordentlich e Zeitungsver diese Preis dings das C

Deu Berzag Blick a Es bra Und M Es dur Deut Es kon Berzag Gef f Und fi Dann

Mit ech mit ged

Was Li soll uns ad

Du fl Nur e Leg' n So w

Sind Bon Bis zum gwlischen na Richte, Tan



